

Samstag-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Samstag-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Druckpreis (einschließlich Posten) beträgt 3.00 Reichsmark. Der halbjährliche Preis 15.00 Reichsmark, der jährliche Preis 30.00 Reichsmark. In den Postämtern sind die Preise für den Einzelverkauf zu erheben. Die Posten werden nach dem Tarif für Zeitungsblätter abgerechnet. Die Zeitungsbesitzer sind verpflichtet, die Zeitungsblätter an den Abonnenten zu liefern. Die Zeitungsbesitzer sind verpflichtet, die Zeitungsblätter an den Abonnenten zu liefern. Die Zeitungsbesitzer sind verpflichtet, die Zeitungsblätter an den Abonnenten zu liefern.

Neues in Kürze.

Dracheneidungen und Radiotelegramme.
Der Herr Reichspräsident empfing gestern den russischen Gesandten in Potsdam, Herrn Dr. von Hofenberg, sowie den Erfinder des Flitterrubers und des Radioschiffes, Herrn Direktor Anton Fietner.

Bavaria hat aus den gleichen Gründen wie Württemberg den Antrag gestellt, die Erlaubnis zur Aufführung des Potemkins in auch in seiner neuen Fassung zu widerrufen und hat seine Politische Behörden dementsprechend angewiesen.

Aus ganz Deutschland fanden sich die Delegierten der Räteregierung zur Lösung des Reichsproblems deutscher Arbeiter in Würzburg ein, um zu den Problemen der Wohnungsnote und des Ausbaus der Räteregierung Stellung zu nehmen.

Der evangelische Pfarrer Ränge in Kenfel bei Friedberg hat von dem Bischof der deutsch-evangelischen Kirche Rüchters das Anerkennen erhalten, als Vertreter des Bischofs nach Moskau zu gehen. Mit diesem Amt ist ein Sitz in evangelischen Oberkirchenrat Rüchters verbunden.

Zwischen der Internationalen Militärkommission und dem Reichswehrministerium fanden auch gestern wieder eingehende Besprechungen statt. Die Verhandlungen haben den Zweck, die Militärkommission und den Völkervertrag dazu zu überzeugen, daß die Kontrollberichte über mangelnde deutsche Entmilitarisierung auf einen Zeitraum zurückzuführen sein müssen. Die deutsche Regierung hält ununterbrochen daran fest, daß sie die Entmilitarisierungsverpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt hat und daß kein Grund zur Verlängerung des Mandats der Entmilitarisierungskommission mehr vorliegt.

Das Briantische „Echo de Paris“ stellt fest, daß zurzeit keinerlei Verhandlungen der Militärerz über den Abzug der Besatzungstruppen im Gange sind.

In Amiens sind neuhundert junge Deutsche eingetroffen, die an dem Internationalen Friedenskongress in Biederlo teilnehmen werden. Sie wurden von der Stadterwaltung von Amiens im Stadthaus empfangen. Abends fand zu ihren Ehren ein großes Bankett statt. Die Deutschen begaben sich zunächst nach Rouen, wo ebenfalls ein Empfang vorgesehen ist. — Wenn die 900 auch nicht erreichen, so haben sie doch wenigstens die schönen Empfangsfeierlichkeiten im Gange.

Der Pariser „Figaro“ meldet: Die Fraktionsführungen haben bei allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialisten und der Kommunisten, die Zustimmung zum Londoner Finanzabkommen gebracht. Das Finanzministerium wird innerhalb der nächsten Tage dem Reichstag die Beschlüsse der Partei für das Gesetz über die Reichsbank zur Verfügung stellen.

Pariser Blättermeldungen zufolge ist gestern das deutsch-französische Handelsabkommen unterzeichnet worden.

Das Pariser „Echo“ behauptet, daß die Aufstellung Abfassungen zwischen England und Italien bestehende Mißverständnisse im Völkervertrag weichen werde, die man nicht leicht nehmen dürfe. Das Blatt will zuverlässig erfahren haben, daß Deutschland bereits in Paris und London wegen der Sicherung seiner Staatsangehörigen in Abessinien Befürchtungen laut werden ließ.

Die Witwe des Präsidenten Wilson ist an Bord des „Veritaton“ nach England abgereist. Sie will der Tagung des Völkervertrages in Genf beiwohnen.

Wie der Pariser „Matin“ aus Moskau berichtet, ist ein französisches Bombenflugzeug über den französischen Liniern in Brand geraten und explodiert. Die beiden Insassen waren sofort tot.

Nach einer Meldung der Agentur Indo-Pacifique aus Peking ist das Hauptquartier der Russenarmee unter Führung von Tienfu nach Peking verlegt worden. — Sollte das der Anfang der Selbstverteidigung Tienfujins zum Kaiser von China sein, die besonders in England schon lange erwartet wird?

Frankreich gegen Rußland.

Beschlagnahme der Bardepots der russischen Handelsvertretung.

Das Zivilgericht des Seinedepartements hat, wie Havas mitteilt, im Hinblick auf die von der Sowjetregierung verlangten Beschlagnahmen der Ausstellungen französischer Produkte, die im Mai im Moskauer Kaufhaus stattfanden, wegen des den französischen Bankhäusern erwachsenen Schadens die Beschlagnahme aller bei französischen Banken deponierten Vermögensgegenstände der russischen Ein- und Ausfuhrstelle (der Sowjet) und der Handelsvertretung Sowjetrußlands in Frankreich angeordnet.

Wie Havas wissen will, ist man in französischen amtlichen Kreisen der Auffassung, daß die Sowjetrußlands Handelsvertretung die gleiche Behandlung wie die in Frankreich ansässigen ausländischen Kaufleute zu erfahren hat und nicht auf Grund ihrer Stellung als Handelsorganisation ein besonderes Vorgehen in Anspruch nehmen kann.

Die juristische Begründung ist sehr gleichgültig, es ist ein politischer Schritt von größter Bedeutung und ein Beweis der feindseligen Haltung, die Frankreich neuerdings gegen Rußland einnimmt. Die Entschädigung des Gerichts ist „made in England“ und eine der Früchte der neuen englisch-französischen Annäherung.

Schenkt man, wie letztendlich die Sowjetregierung anlässlich des Eindringens der Berliner Polizei in die Räume der dortigen Sowjet-Handelsvertretung sich gebürdet und die Anwesenheit der Exterritorialität der Räume durchsetzte, so kann man sich vorstellen, wie die Erfüllung der offiziellen Pariser Hauptagentur auf Rußland wirken muß, daß die Sowjet-Handelsvertretung nach Auffassung der amtlichen französischen Kreise die gleiche Behandlung wie Privatkaufleute zu erfahren hat.

Wird diese Auffassung von amtlicher französischer Seite offiziell aufrechterhalten, so ist das ein offener Bruch Frankreichs mit Rußland. Es sieht ganz so aus, als ob Frankreich im Zusammenwirken mit England bemüht den an sich ganz bedeutungslosen Fall einer angeblichen Schädigung französischer Kaufleute zu einer Sanktionsmaßnahme aufzuheben hätte, um einen Vorwand für den Bruch mit Rußland zu haben. Das Gesetz fügt sich dementsprechend dem großen englischen Angriffskrieg gegen Rußland ein.

Wie Deutschland die Locarnopolitik der Verständigung mit England-Frankreich und zugleich die Berliner Vertragspolitik der Verständigung mit Rußland durchzuführen soll, wird immer rätselhafter.

Die Eintreibung Rußlands.

Die offizielle russische Zeitung „Ismestija“ veröffentlicht einen Brief des wegen seiner Unfreundlichkeit zurückgetretenen russischen Gesandten in Moskau, Biri, der das Verhalten eines Mannes für die Eintreibung der Sowjetunion und die Organisation eines militärischen Einmarsches unter Führung Polens kritisiert. Diesen Zweck habe eine im Dezember 1925 in Warschau abgehaltene Geheimkonferenz der Generalstabsoberleiter unter Beteiligung Rumäniens sowie eine Besatzungstruppe Janikowskis verfolgt. Der Einmarsch in Verbindung unter Führung Polens angeordnet habe. Aus diesem Umstände erkläre sich das abscheuliche Verhalten der östlichen Regierung gegenüber dem Anerkennen der Sowjetunion betreffend Abschluß eines Garantievertrages.

Mißtrauen.

Aus Paris wird gemeldet: Der polnische Botschafter Graf Gjalowski hatte heute eine Unterredung mit Briant mit Bezug auf die gestern im Quai d'Orsay eingetroffene, auf die polnischen Mobilisierungsmaßnahmen bezügliche Note der Sowjetregierung.

Das Wichtigste ist nicht, daß Polen sich mit Frankreich beipflichtet, sondern daß Sowjetrußland die Note an Frankreich geschickt hat und also damit zum Ausbruch bringt, daß Frankreich hinter den bedrohlichen Mobilisierungsmaßnahmen Polens steht.

Die Kopenhagener „Nationaltidende“ meldet aus Moskau: Kowlo (neben Stalin) heute der mächtigste Mann in Rußland) sprach auf der Tagung der kommunistischen Jugendverbände, Sowjetrußland werde um seinen Bestand unterwerfen, was mit Polen verbunden oder schlagend müssen. Für die Sowjetrepublik gebe es so lange keine Abklärung, als die militärische Behörde in Polen fortbaurte. Kowlo's Rede hat in Moskau gemäßigtes Aufsehen hervorgerufen.

Wie wir erfahren, wird die Sowjetregierung den künftigen Staaten erneut mitteilen, daß sie keine weiteren Verhandlungen über einen gegenseitigen Neutralitätsvertrag mit ihnen aufnehmen werden, wenn Polen an dem sogenannten baltischen Staatenbund beteiligt sein werde. Die Sowjetregierung sei der Ansicht, daß ein Bündnis der baltischen Staaten unter Führung Polens auch den Eintritt Rumäniens mit sich bringen werde, was ein Sieg der englischen Außenpolitik bedeuten würde, dem Sowjetrußland sich nicht aussetzen werde.

Gestern fand in Warschau unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, der sich mit der Frage der Bildung einer Generalinspektion für die Armee befaßte. Der Ministerrat stellte fest, daß der Präsident zur Schaffung eines derartigen Amtes auf Grund der Regierungsverpflichtungen berechtigt ist.

Der Rechtskurs in Rußland.

Massenleistungen in der Armee und Diplomatie.

Im Zusammenhang mit der Verlegung des Politbureaus der russischen kommunistischen Partei über die Entfernung von oppositionellen Mitgliedern des Bureaus hat die Sowjetregierung eine 400 Mann starke, die der Einweisung in die Armee nachgehen, aus der Armee auszuscheiden. Auch Rumeneu soll demnächst entlassen werden und das Rektorat des Karl-Marx-Instituts erhalten. Ferner erwartet man große Änderungen in den ausländischen politischen Vertretungen, insbesondere in Paris, Berlin und Lissabon. Einwohnern will so wird aus ihm nachstehenden Kreisen gemeldet, die Aufständischen in Gagarin am Schwarzen Meer Ausschalt nehmen.

Ausführung mit den Menschewisten?

Es verlautet, daß zurzeit in Paris Verhandlungen zwischen den Menschewisten und den sozialistischen Menschewisten geführt werden. Wie es heißt, hat der Pariser Sowjetbotschafter offizielle Verhandlungen mit den Menschewisten eingeleitet, um eine Ausführung mit dieser Partei herbeizuführen. Die Menschewisten sollen jedoch sehr scharfe Bedingungen gestellt haben, so vor allem Freiheit der Presse und Erweiterung der Sowjets in Richtung auf eine parlamentarische Republik, etwa nach dem Vorbild Frankreichs. Die Partei Akerentis war bei den Verhandlungen nicht vertreten.

Verzicht auf Kolonien?

Die Londoner „Evening Times“ melden aus Berlin, die Korrespondenz habe zuverlässig erfahren, daß die deutsche Regierung den englischen Vorklären Rechnung tragen und die Kolonialforderungen in der bevorstehenden Weltfriedenskonferenz nicht zur Ausprägung bringen wolle. — Hoffentlich ist das nur ein Einseitigkeitsverzicht.

Abschluß der „Hamburger Kolonialwoche 1926“.

Mit einer abschließenden Kundgebung im Ueberseehaus Hamburg fand die „Hamburger Kolonialwoche 1926“ ihr Ende. Der Vorsitzende der Abteilung Hamburg der Deutschen Kolonialgesellschaft hat die Hoffnung ausgedrückt, daß die Hamburger Tage helfen möchten, die Sehnsucht der Kolonialdeutschen nach einem neuen deutschen Kolonialrecht zu verwirklichen. Regierungsrat Jache sprach zu dem Thema: „Das Deutsche Reich in seinen Kolonien verloren hat.“ Der Vorsitzende der Hamburger Kolonialgesellschaft wies darauf hin, daß die Kolonialpolitik der Reiches einen kolonialen Besitz unmöglich mache; das Schicksal der Kolonien werde stets im Mutterlande entscheiden. Ein Appell an die Zuhörer, sich geschlossen für den Kolonialgedanken einzusetzen, beendete die Schlussveranstaltung.

Die Daweslasten.

Die Herstellung der Daweslasten ist die letzte Hoffnung der Reichsfinanzpolitik und der deutschen Wirtschaft, die Fortdauer der Daweslasten ist die Hauptstütze der französischen Hoffnungen auf Sanierung ihrer Staatsfinanzen und Währung. Wer Sieger in diesem fürdtbaren Gegenüber der Interessen und Hoffnungen bleiben wird, wird die Zukunft sehen. Gehen wir insofern den nächsten Tagenden ins Geschäft, so wie die einflussreichen als von Deutschland abhängige internationale Verpflichtung über dem Londoner Abkommen bestehen:

Am 1. September 1926 beginnt das 3. Dawesjahr. Seine Zahlungsverpflichtungen sind folgende:

110 Mill. M. aus dem deutschen Reichshaushalt
290 Mill. M. Reichsbanksteuer,
250 Mill. M. Zinsen der Staatsanleiheobligationen,
550 Mill. M. Zinsen der Reichsbahn- u. Schuldenverpflichtungen.

1200 Mill. M. Der Gesamtbetrag des 3. Dawesjahres ist um 20 Millionen niedriger als der Gesamtbetrag des am 31. August 1926 endenden 2. Dawesjahres (1220 Mill. M.). Das kommende 3. Jahr ist indes das letzte der „Schonungsjahre“, die der deutschen Wirtschaft zur Vorbereitung auf die eigentlichen Lasten des Londoner Vertrages zugeteilt sind. Schon mit dem 4. Jahre steigen die Leistungen auf 1700 Mill. M., um mit dem 5. Dawesjahr (ab 1. September 1928) die „Normaljahre“ von 2500 Mill. M. im Jahre zu erreichen. — Diese Zahlen sind ohne Zweifel hart genug. Sie werden aber — und diese Tatsache ist der deutschen öffentlichen Meinung weniger geläufig — durch ergänzende Verpflichtungen, die dem Reich oder unmittelbar aus dem Londoner Vertrage erwachsen, noch beachtlich überschreiten. Hier das heraushebende 3. Dawesjahr treten zu dem „leichten“ Betrage von 1200 Mill. M. noch folgende Leistungen aus dem Betrage hinzu:

1. Die „Külldage“ der Reichsbahn (nach § 25, Absatz 2, Ziffer 3 der Gesellschaftsstatute). Dieser Külldage sind mindestens 2 v. H. der gesamten Betriebseinnahmen zu überweisen, bis sie der Betrag von 500 Mill. M. erreicht hat. Zurzeit sind bereits folgende Gelder jeherungsgemäß angefallen:

Im 1. Geschäftsjahr (bis 31. Dezember 1925)	113 373 650 M.
1. Betriebsjahr 1926	15 390 000 M.
April 1926	6 228 000 M.
Stand 30. April 1926	135 561 650 M.

Nimmt man an, daß die monatlichen Betriebseinnahmen der Reichsbahn im 3. Dawesjahr 350 Mill. M. betragen, so ergibt sich eine Sparsverpflichtung von monatlich 7 oder jährlich 84 Millionen Mark, die je selbstständig aus den Frachten und Tarifen herausgeschafft werden müssen. Bei gleichbleibenden Einnahmen wird die 500-Mill.-Grenze erst am 31. Juni 1930 erreicht.

Der „Reichsbahn“ des Reparationsagenten (gemäß Kapitel III, Absatz 4b des Londoner Vertrages). Vom 1. September 1926 an (also mit Beginn des 3. Dawesjahres) behält der Agent von den bei ihm einlaufenden Beträgen der „verpänderten“ Zölle und Verbrauchsabgaben (Zölle, Tabak, Zucker, Bier, Branntwein) nicht nur ein Zwölftel der Jahreshöhe des Reichshaushalts (also von den 110 Mill. M. des 3. Dawesjahres 9,166 Mill. M.), sondern ein Zehntel (also 11 Mill. M.) ein. Der Unterschied wird als „Reichsbahn“ solange aufgeschoben, bis dem Agenten 100 Mill. Mark zur Verfügung stehen.

Der Reparationsagent ist verpflichtet, diese Reichsbahn unter Berücksichtigung der für ihn notwendigen Bewegungsfreiheit bestmöglichst anzulegen. Die aufzulegenden Zinsen fließen der Reichsbahn zu und sind der deutschen Regierung zu überweisen, sobald der Reichsbahn keine noch geschätzten 100 Mill. M. erreicht hat.

Dem 3. Dawesjahr erwächst aus der Zwangsparafälle des Reichsbahns eine Belastung von 27 Millionen Mark. Dem 4. Dawesjahr eine solche von rund 75 Mill. M. Im Anfang des Kalenderjahres 1928 wird die planmäßige Höhe erreicht. Von diesem Zeitpunkt an fließen dem Reich die ihm zustehenden Zinsen (also bei 7 v. H. ein Betrag von 7 Mill. M.).

3. Neben der Aufzählung der Einnahmestruktur liegt und des Reichsbahns hat Reich und Landwirtschaft durch den Londoner Vertrag weiterhin verpflichtet, mit sehr erheblichen Beträgen die Rentenansprüche zu tilgen.

Zu diesem Zweck zahlt das Reich jährlich 60 Millionen Mark, die Landwirtschaft mindestens



Am 31. Mai an die Tilgungsstelle der Reichsbank an dem demselben Ziele ist der Gewinn, den das Reich aus der Reichsbank zieht, zuzuführen.

Am 31. Mai 1926 waren zu der Tilgung der Stammschuld von 1200 Mill. R. bereits entrichtet worden:

nom. Reichs	90.000.000 Mill.
von der Landwirtsch.	90.788.000 Mill.
Gem. der Reichsbank	67.794.000 Mill.
Insgesamt	258.582.000 Mill.

Der Tilgung bleiben also noch 942,4 Mill. Mark vorzuzahlen. Unter der Voraussetzung, daß der Ertrag der Reichsbank jährlich 10 Mill. R. erreicht, wird die Tilgung der Rentenschuld mit dem Ende des 9. Damesjahres (also im August 1933) abgeschlossen.

4. Sämtliche als diese Zwangsparzellen und Tilgungsverpflichtungen, die innerlich zu einer Verbelebung des Reichs- oder Reichsbahnvermögens, wenn auch auf Kosten der allgemeinen Wirtschaft, führen, werden die Leistungen, die dem Reich nach der Vorchrift des sogenannten „Hilfs- und Zwangsparzellen“ zu leisten sind, nämlich 10 bis 15 Prozent, zu zahlen. Wenn nämlich 10 bis 15 Prozent, 2 des Londoner Vertrages vor — die gesamten kontrollierten Reichseinnahmen im 3. Damesjahr (1. September 1926 bis 31. August 1927) eine Milliarde übersteigen, so sollen die Leistungen aus dem Haushalt jeweils um ein Drittel dieses Ueberschusses, jedoch um nicht mehr als 250 Mill. R. erhöht werden. (Der Vorschlag des laufenden Etatsjahres — 1. April 1926 bis 31. März 1927 — rechnet mit 1.907 Milliarden kontrollierter Reichseinnahmen.)

Die wirtsch. Zahlungen aus dem Haushalt betragen also im kommenden 3. Damesjahr nicht 110, sondern 369 Mill. R. und im 4. Damesjahr nicht 500, sondern 750 Mill. R.

Am 4. Damesjahr (1. September 1927 bis 31. März 1928) wird ebenfalls ein Zuschlag bis zu 250 Mill. R. erhoben, und zwar, wenn die kontrollierten Reichseinnahmen nicht nur 1750 (wie im 3. Damesjahr), sondern 2000 Mill. R. erreicht werden. Die wirtsch. Zahlungen werden also dieser 2000-Mill.-Betrag vermehrt erhöht und also der Zuschlag von 250 Mill. auch im 4. Damesjahr erhoben werden.

Nichts bezeichnender wohl als die „Tribunatur“ der Damesjahre später als die Tatsache, daß die wirtsch. Zahlungen, die „Schuld“ des Reiches auch nicht um einen Pfennig vermindern. So lange über den Gesamtbeitrag völlig unbestimmt ist, solange handelt es sich bei dem Reichsteil der Jahreszahlungen (sich im Gegensatz zu den Leistungen der Reichsbahn und der Industrie) nicht um Zinsen und Tilgungen, sondern um Steuern und Tribute.

Eine Uebersicht über die aufzubringenden Zahlungen gebe die nachstehende Tabelle:

Höhe der jährlichen Damesjahreinnahmen.				
	3.	4.	5.	6.
	Damesjahr			
Reale Haushalteinahmen	110	500	1250	1250
Zinseszins	22	250		
Reichseinnahme	22	78		
Reichsbahnleistungen	290	290	290	290
Reichsbahnleistungen	550	660	660	660
Reichsbahnleistungen	84	64	64	77
Rentenabfertigung	130	130	130	130
Industrieleistungen	250	300	300	300
Zusammen	1686	2292	2714	2707

56 Zinsen der Reichsbank und des Reichseinnahme 12 25 31 37 Gesamtsumme 1674 2267 2683 2670

Am 7. Damesjahr ab bis zum 9. einschließlich, also vom 1. September 1930 bis 31. März 1933 betragen die Gesamteinnahmen 2588 Mill. R., von da ab 2458 Mill. R.

Dr. Kfm.

Nach Meldungen aus Paris reißt der Generalagent Mitte dieses Monats wieder nach Paris, um der Reparationskommission persönlich Bericht über die deutschen Damesjahreinnahmen in verläßlichen Hinsicht zu erstatten. Der Berliner „Welt“ schreibt gestern, wenn mehrere aus Berlin eigenen Quellen nach Schätzungen der deutschen Damesjahreinnahmen verläßlich, so seien heute diese Schätzungen seitdem. Nach der Auffassung der zuständigen Kontrollinstanzen in Deutschland werde das Reich mindestens bis Ende 1927 seine Verpflichtungen an die Reparationsmächte erfüllen können. Dieses bedeutet: Vorläufig keine Revision des Damesjahresplanes.

Ende des englischen Streits?

Eine Zusammenkunft des Vollzugsausschusses der engl. London einberufen worden, um die Ergebnisse der Reichsabschließungen über das Memorandum der Reichsregierung zu erörtern.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet: Die Wiedererteilung von 8000 Arbeitswilligen in die englischen Bergwerke ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Weitere 2000 Anstellungen liegen den Grubenbesitzern vor. Die haben gestern beschlossen, am 15. August die Gesamtforderung wieder auf 15 Millionen zu erhöhen.

Der Britische Bergarbeiterverband hat an die internationalen Bergarbeiterorganisationen einen neuen dringenden telegraphischen Appell gerichtet, in dem es heißt, es sei Ehrenpflicht der internationalen Arbeiterschaft, die Finanzsituation zu Gunsten der freilebenden Kameraden in England vorzuziehen, nach der Wahrung des Schicksals des englischen Streiks entscheidend werde.

Rohlenverfälschung und Weltfrieden

In einem Vortrag vor dem Institute of Politics in Williamstown (Vor. Staaten) hob der Belgische Herr Robert die Gefahr einer Verächtlichmachung der amerikanischen Rohlenlieferungen hervor. Er erklärte, es bestünde nur geringe Wahrscheinlichkeit, die gegenwärtige Rohlenproduktion aufrechtzuerhalten zu können. Professor Haslam, Massachussets, Professor am Institute of Technology, verteilte die Ansicht, die Lösung des Problems der Rohlenverfälschung in süßlichen Rohlenstoff sei wichtiger für den Weltfrieden als Rohlenlieferungen.

Am 1. September die Verfassung der Rohle in der Weltöffentlichkeit, die in der Spitze sich dem Weltfrieden mehr binden soll, als die Rohlenlieferung, ist nicht ganz erfüllt. Immerhin ist die Erklärung des Herrn Professors ein neuer Beweis, welche unumgängliche Bedeutung man in Amerika den neuen Entdeckungen beimisst. Die deutschen Chemiker, insbesondere das Bergbauamt, sind im Begriff, die ganze Weltrohlenproduktion von England zu überflügeln. Das heißt die Rohlenlieferung der Rohlenlieferung eine Verbindung mit der amerikanischen Standard Oil erlaubt ist, für die deutsche Rohlenproduktion der Rohlenlieferung wichtiger als das Kohlen.

Begnädigung Dr. Strauß-Sauers.

Aus Berlin wird gemeldet: Der König von Spanien hat die Begnadigung von Dr. Strauß-Sauers, der in diesen Tagen von dem zuständigen spanischen Gericht wegen der Fälschung eines spanischen in der Jahren Gefängnis verurteilt worden war, durch einen spontanen Gnadenakt die Strafe erlassen. Dr. Strauß-Sauer ist bereits der deutschen Gesandtschaft in Madrid übergeben worden und wird in den nächsten Tagen die Rückreise nach Deutschland antreten. Dieser Akt der Begnadigung von Spanien wird als ein neuer Beweis für seine freundschaftlichen Gefühle für Deutschland mit Befriedigung und Dankbarkeit begrüßt werden.

Geständnis Schröders: Raubmord. Haftentlassung des Haas?

Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Dem nach Magdeburg entlassenen Berliner Kriminalbeamten, Kriminaloberinspektor Dr. Niemann und Kriminalkommissar Reichowitz hat in der Nacht zum 5. August der in der Nordstraße festgesetzte Schröder, den der Untersuchungsrichter der Polizei zur Verfügung gestellt hatte, das Geständnis abgelegt, daß er den Mord der Helting aus eigenem Antrieb am 10. Juni 1923 in seiner Wohnung in Groß-Rottmerischen ermordet hat, um sich in den Besitz der von Helting mitgeführten Geldmittel zu setzen. Dieses Geständnis stimmt mit den Angaben überein, welches die in Köln verhaftete Sidde Göbe vor denselben Kriminalbeamten gemacht hat. Die kriminalpolizeilichen Vernehmungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Reichsjustiz über das bisherige Ergebnis hat dem Untersuchungsrichter durch den Oberstaatsanwalt in Magdeburg zugeleitet worden.

Die „Kölnische Zeitung“ aus Magdeburg meldet, verurteilt dort, daß die Schwester Schröders festgenommen und bei ihr der Chausseur ihres Bruders gefunden wurde, den er anhatte, als er Helting nach Groß-Rottmerischen lockte. Sie sei es gewesen, die verurteilt habe, aus dem Teppich in der Wohnung Schröders die Blutspuren abzumachen. Während der Haft ihres Bruders habe sie mit ihm in ständiger Züchtungsgewalt gestanden und die Verbindung mit seiner Frau in Köln aufrechterhalten.

Man rechnet in Magdeburg, wie der „E. 3.“ berichtet wird, damit, daß Rudolf Haas Ende dieser Woche aus der Haft entlassen wird. Nach der gleichen Quelle dürfte auch die Haftentlassung des Chausseurs des Haas, Reuter, erfolgen.

Wie wir erfahren, sind die Verhandlungen zwischen Innenministerium und Justizministerium über die Magdeburger Kompetenzstreitigkeiten noch nicht erledigt worden. Im Magdeburger Reichsgericht sind verschiedene Disziplinärverfahren beantragt worden, deren Ausgang erst abgewartet werden soll.

Keine Verfassungsfeier in Bayern.

Mitteilungen aus München zufolge wird auch in diesem Jahr eine amtliche Verfassungsfeier in Bayern nicht stattfinden. An der Verfassungsfeier der republikanischen Parteien und Verbände, die am Sonntag in der Flugzeughalle auf dem Ausstellungsgelände abgehalten werden wird, wird die bayerische Regierung offiziell nicht vertreten sein.

Rote Frontkämpfer gegen Heilsarmee

Gestern Abend wurden auf dem Helmsholzer Platz in Berlin-Nordost Anhänger der Heilsarmee, die einen Vortrag halten, von Mitgliedern des Roten Frontkämpferbundes bestraft. Als Polizeibeamte einen Aufseher festnehmen wollten, griff die Menge die Beamten an und riß die Beamten an den Arrestanten. Die Beamten mußten schließlich vom Gummitüppel Gebrauch machen. Der Aufseher wurde entnommen.

Das kommunistische Zentralorgan, die „Rote Fahne“, ist gestern nach 14tägigem Verbot wieder erschienen. — In den Straßen Berlins werden von den Kommunisten allmählich große Plakate mit den Aufschriften wie: „Rüdet zum Bürgerkrieg!“ herumgetragen.

Neue Arbeitslosenparade in Berlin.

Am Donnerstag vormittag kam es in der Germaniastraße vor dem Zentralarbeitsnachweis der Arbeiter in Formals zu Krawallen, in deren Verlauf ein Polizeibeamte mißhandelt wurde. Die Polizei mußte Verstärkungen heranziehen und sperrte sofort die ganze Umgebung ab, besetzte die

Strassenübergänge und erteilte die Anweisungen mit Karabinerlocken und Gummitüppeln aus einander. Die Ruhe war bald wieder hergestellt. Die Krawalle sind aus kommunistischer Verhetzung zurückzuführen.

Man fragt sich immer vergeblich, wie lange die kommunistischen Unruhen noch in der Magdeburger Nordstraße doch so überaus empfindlichen Herrn Innenminister Seering noch geduldet werden sollen. Denn schließlich ist ja das deutsche Volk und die Staatsgewalt nicht für die Parteieninteressen Seerings und seiner Sozialdemokraten da. Wie es heute in Berlin zugeht, dafür noch ein anderes Beispiel:

Am Mittwoch vorletzten die Kommunisten als Einleitung ihrer „Antirassistische“ eine Massenemonstration im Lustgarten für den Bürgerkrieg, die gerade eine Feldbesichtigung größten Stiles war. In den Straßen, durch die die Züge gingen, wurde der gesamte Verkehr eingestellt mit Gewalt eingeschleust, und überall konnte man den Schreier hören.

„Dann wird die Bombe aufgehängt an einer Gaslatte.“

Den Spielarten wurde vorgelesen: Die Grünen hätten unsre Kinder tot, und die Sippe müßte das ruhig einsehen. Schließlich kam es natürlich doch zu Zusammenstößen, bei denen mehrere Polizeibeamte zu Boden gerissen wurden. Das Ende vom Ende waren Gummitüppel und etwa 30 Verletzte.

Beamtenbefolgung.

Wie mehrere Blätter mitteilen, ist eine Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und der Landesregierung in der Frage der Einheitslohnigkeit der Beamtenbefolgung nicht zustande gekommen. Vor allem konnte eine Uebereinstimmung zwischen dem Reich und Preußen nicht erzielt werden. Laut „Volksanleger“ müßte Preußen vor einer Änderung in der Beamtenbefolgung eine jebesamige Maßnahme zwischen den Ländern und dem Reich und die Einbeziehung einer Stelle, die etwa aufreißende Streitigkeiten löschten soll. Diese Vorläufe sind noch nicht abgeschlossen worden.

Fransösishe Unterstützung der rhen. Separatisten.

In Paris ist eine neue Liga, genannt „La Solle“, gegründet worden, die sich zur Aufgabe gestellt hat, diejenigen Rheinländer zu unterstützen, die sich für die Idee eines Unabhängigkeitskampfes und für die französische Fremdbestimmung eingesetzt haben. Viele von diesen Rheinländern seien nach Paris geflüchtet. „La Solle“ wolle im Rahmen ihrer Mittel die Verpflegung unterstützen, die jenen Leuten in Frankreich gemacht, aber nicht gehalten werden sollen. Sie wolle ihnen Mittel zur Verfügung stellen, ein Flüchtlingseinheim schaffen und ihnen bei der Naturalisierung behilflich sein. — Mögen sie nur ruhig Franzosen werden, diese Separatisten, denn Deutsche sind sie ja doch nicht.

Der Kirchenstreit in Mexiko.

„Associated Press“ meldet, daß in Guadaluajara bei einem am Dienstag zwischen Soldaten und Katholiken vorgefallenen nächtlichen Kampf bei der Kirche Guadalupe sechs Personen getötet und vierzehn verwundet worden sind. In Terson sollen bei Demonstrationen, die Sonntag nachmittag stattfanden, eine Person getötet und acht verwundet worden sein.

Die Behörden sind damit beschäftigt, das Verbrechen der Goldtorte der berühmten Statue der Madonna von Guadalupe zu untersuchen. Die Krone soll 800.000 Pesos wert sein. Von kommunistischer Seite wird die Beschuldigung des Generaldirektors des Kirchenwesens behauptet, das einen Wert von 10 Millionen Goldmark habe.

Bon der Weltkongress der christlichen Jungmännervereine in S-Hinglors.

In einer großen Versammlung hielt gestern ein deutscher Vertreter einen Vortrag über die Aufgaben der christlichen Jungmännerbewegung, indem er u. a. ausführte, der Verheiratete verhalten sich. „Der Kongress des Reiches Gottes anders als der Zeiger der Weltgeschichte. Es komme darauf an, daß jeder in seinem Leben die rechte Stunde erkenne. Licentiat Humburg-Barmen und Koedrich-Basel wies auf die Einwirkung des Glaubens auf das praktische Leben hin. — Außer den Vorträgen finden ausgedehnte Besprechungen statt, in denen zur Vorbereitung der Bewegung eine Stellung genommen und im Hinblick auf die verabschiedete Haltung der Delegierten ihr gegenseitig verurteilt wird, gemeinsame Richtlinien aufzustellen.

Hochschulnachrichten.

Kiel. Am 3. August verstarb in Braunschweig der emeritierte, beachtete außerordentliche Professor der historischen Theologie an der Universität Kiel Dr. Albert Eichhorn im 70. Lebensjahre. Der Verstorbenen habilitierte sich Juni 1886 in der historischen Theologie an der Universität Kiel für das Fach der Kirchengeschichte und erhielt zwei Jahre später ein Extraordinariat in Halle. Ostern 1901 habilitierte er nach Kiel über. Göttingen. Der Privatdozent für Anatomie Dr. Franz Stadtmüller wurde zum nicht-beamteten außerordentlichen Professor ernannt. Ein neues Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften. Der ordentliche Professor der Meteorologie an der Universität Berlin und Direktor des Meteorologischen Instituts, Dr. Heinrich A. Fiedler ist von der Preussischen Akademie der Wissenschaften zum ordentlichen Mitglied ihrer physikalisch-mathematischen Klasse gewählt und vom preussischen Staatsministerium bestätigt worden.

Der Tod des Peter Haller.

Stilke aus dem siebenjährigen Kriege.

Von Georg Paul Lüd.

In die Stille liegt der Herbstwind sein Lied. Jagst du nicht jenseits einem Stein und verschwindet. Wolken wandern unaufrichtig ihren Weg in die Weite, schwarze Wolken mit silbernen Sand, Gespenster der Nacht. — Berge? — Hochgehirne Kielesgestalten? — Nein, die stehen nicht hier in der nordischen Ebene. Täuschung nur ist es, Fiebergebilde. Die Handen in der Kindheit einmal, und die Sonne prallte gegen schimmernde Eiswände, und Licht war überall.

Ein kleines Bergdorf damals —, wie blieb es doch? Der müde Kopf vermag nur schwer zu denken. Doch gestern nannten es die Kameraden. Hochstich nannten sie es. Wertwürdig. — Am lag er hier und mußte wohl lachen. Auf das braune Holzstreu würden sie ein paar Worte nur lesen: „Peter Haller. — Geb. zu Hochstich. — Gest. bei Hochstich am 14. Okt. 1758.“ Wertwürdig, und war doch gar nicht das selbe.

Schon krampte wieder die kalte Hand dahinter im Genick, lag der Kampfbund auf der todwunden Brust. Die Nacht kam, die große, schwarze Nacht. Demals, als er nach der Vaters Liebe die Heimat verlassen, die Berge, die sprudelnden Bäche, die glitzernden Seen, ein Kollern, aber die Heimat hatte und in die Welt wanderte, ohne zu fragen, warum und wohin, damals ja, da glaubte er an das Leben. Einem Soldatenort hatte er sich angeschlossen, treu und quer durch deutsches Land.

Eine alte Grenadiermühle hatten sie auf den jugendlichen Kopf gestülpt, dem Soldatenjungen. Hatte die Roste gestrahlt und gestriegelt, dem Herrn Untermann die Stuhlspindel gepunkt, und mancher besorgte Frauenhand war über den letzten Knabenkopf gestritten.

Einer Mutter Hand nie! Wünsche, Pläne, Hoffnungen trug er in jugendlich-dämmerner Seele, doch — das Leben blieb ihm die Erfüllung schuldig. Er war gewachsen. Die Bergnatur in ihm streckte die kräftigen Glieder, dehnte die Brust. — So wurde der Appeneller Hüterbus ein preußischer Garbist.

Nun aber war das Buch ohne Inhalt zu Ende. Der Tod kam, der Tod!

Wieder die erste Welle von Blutunstill und sauligem Brandgeruch, die der Wind herübertrug. Es war, als schliche etwas dahinter herum, tappte sie insidie im Feld. Menschliche Bestien, die den Lotenand juchen, ihrer Eier zu fröhnen? — Ein Fieberfieber rann durch seinen Leib, schüttes Grauen zwang die Kehle: „Water! — unfer — der du — bist —“ Ein gelender Notruf über das Brachfeld hin. War er das selbst, war das ein anderer? —

Regungslos lag der Garbist, nur die Augen irren und suchten.

Ein mattschimmerndes Dual im Osten. Ruchte der Wind wohl sein und — da oben stand einer, ein klar gezeichnetes Schattengestalt gegen das schimmernde Licht, stand ein kleiner Mann, ganz nahe schon auf dem Hügel. — Schlich heran im Bogen, wie taufend, gekrümmt. Hinten wippte der kurze Zopf auf dem Rücken.

Stand wieder, sorgte über das Heer der Toten hin, das zu seinen Füßen lagerte. Ein paar Schritte noch. — Hatte er den Ruf vernommen, lachte sein Dpfer? —

Regungslos lag Peter Haller, der Garbist. Jetzt nur nicht zucken, nicht rühren. — Wie tot!

Und doch umflort. — Näher schlich der im engeren Jrtel. Die rechte Hand sondierte den Bogen mit dem Stiel.

Jetzt nur Ruhe halten können, um Gotteswillen, nur Ruhe halten, daß er den Atem nicht höre.

Er ließ sich nicht beirren. Das Mondlicht brach sich in zwei leuchtenden, blauen Augen. Leuchtende Augen? — Nein, zwei Kugeln, große, blaueglühende Kugeln kamen näher, immer näher? —

„Wer rief da?“ — Eine harte Stimme brach sich Bahn, stand wie ein Fels im Raum. Und wieder.

„Halt! — Wer rief da?“ — Und der Alte beugte sich über sein Dpfer, legte fakte, fätschere Finger auf die Brust des Sterbenden: — „Was ist, mein Sohn? — Du riechst nach deinem Vater. Ich — will dir Vater sein in dieser Stunde. Komm, wir wollen beten.“ — Ein Erkennen war in den brechenden Augen, ein röchelndes Schlußreden drang aus munder Brust: — „Water? — Ja, ich — glaube an — das Leben!“ — Ein Rächeln blieb in den Jügen des toten Peter Haller, ein Kinderlächeln der Erfüllung schuldiger Lebenswünsche, — und auch die anderen alle, die schlafenden Helben, schienen dem Gebet ihres Königs zu lauschen.